

## Antwort

### der Bundesregierung

**auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Dr. André Hahn, Sevim Dağdelen, Nicole Gohlke, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE.  
– Drucksache 20/2856 –**

### **Beziehungen zwischen Deutschland und den SAARC-Staaten (Afghanistan, Bangladesch, Bhutan, Indien, Nepal, Pakistan, Sri Lanka und den Malediven)**

#### Vorbemerkung der Fragesteller

Das Ziel der 1985 gegründeten Südasiatischen Vereinigung für regionale Zusammenarbeit (South Asian Association of Regional Cooperation – SAARC) ist es, die soziale und wirtschaftliche Entwicklung in und zwischen den Mitgliedstaaten zu fördern. Zum SAARC-Raum gehören Afghanistan, Bangladesch, Bhutan, Indien, Nepal, Pakistan, Sri Lanka und die Malediven. In dieser Region lebt rund ein Viertel der Weltbevölkerung. Neben China, dem Iran, Japan, Südkorea, Mauritius, Myanmar (Birma) und den USA genießt die EU auch in der SAARC Beobachterstatus. Die Vereinigung ist von wichtiger politischer, wirtschaftlicher und geostrategischer Bedeutung für die EU, die ihre aktuellen Instrumente im Rahmen der strategischen Autonomie der EU und des Strategischen Kompasses der EU anpasst. Die EU bemüht sich als starker Wirtschaftsakteur und wichtiger Geber von Entwicklungs- und Nothilfe darum, engere Beziehungen zu den Ländern in Südasien zu knüpfen. Dabei fördert die EU den Aufbau von Institutionen, die Demokratie, verantwortungsvolle Staatsführung und die Menschenrechte. Das Europäische Parlament hat die von der EU geleistete Hilfestellung zur Bewältigung der COVID-19-Krise und ihrer Folgen in der Region mit gezielten Beihilfen für die am stärksten gefährdeten Bevölkerungsgruppen unterstützt. (Südasien | Kurzdarstellungen zur Europäischen Union | Europäisches Parlament [europa.eu]).

Deutschland pflegt ebenfalls enge, partnerschaftliche Beziehungen zu den südasiatischen Ländern (Südasien: Eine Region im Wandel – Auswärtiges Amt [auswaertiges-amt.de]). Gleichzeitig ist in dieser Region das Thema Sicherheit ein wichtiges Anliegen, unter anderem aufgrund des Konflikts in Kaschmir und vor allem aufgrund der Lage in Afghanistan seit der Machtübernahme der Taliban im August 2021.

Im Deutschen Bundestag gibt es eine Deutsch-Indische Parlamentariergruppe (hier arbeitet für die Fraktion DIE LINKE. die Abgeordnete Sevim Dağdelen als stellvertretende Vorsitzende mit) sowie die Deutsch-Südasiatische Parlamentariergruppe mit den anderen sieben SAARC-Staaten (hier ist für die Fraktion DIE LINKE. der Abgeordnete Dr. André Hahn als stellvertretender Vorsitzender aktiv).

1. Welche zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den jeweiligen südasiatischen Staaten abgeschlossenen Verträge und Vereinbarungen zur bilateralen Zusammenarbeit sind derzeit in Kraft (bitte nach einzelnen Staaten aufschlüsseln)?

Zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den südasiatischen Staaten sind eine Vielzahl von Verträgen und Vereinbarungen zur bilateralen Zusammenarbeit in Kraft. Verträge und Vereinbarungen werden im Bundesgesetzblatt veröffentlicht und können unter [https://www.bgbl.de/xaver/bgbl/start.xav#\\_bgbl\\_%2F%2F\\*%5B%40attr\\_id%3D%27FNB\\_2021.pdf%27%5D\\_\\_1658484055535](https://www.bgbl.de/xaver/bgbl/start.xav#_bgbl_%2F%2F*%5B%40attr_id%3D%27FNB_2021.pdf%27%5D__1658484055535) nach Staaten aufgeschlüsselt eingesehen werden.

2. Welche Prioritäten setzt die Bundesregierung in den bilateralen Beziehungen mit den jeweiligen südasiatischen Staaten, und welchen Dokumenten sind sie zu entnehmen?

Deutschland pflegt enge, partnerschaftliche Beziehungen zu den südasiatischen Ländern und ist ein wichtiger Wirtschafts- und Entwicklungspartner. Die Bundesregierung fördert Projekte in unterschiedlichen Bereichen, dazu zählen der Kampf gegen den Klimawandel, die Begleitung von Urbanisierungsprozessen, Berufsbildung, Stärkung des Gesundheitswesens, Förderung demokratischer Fortschritte und Stärkung von Rechtsstaatlichkeit.

Eine knappe Darstellung der Prioritäten der Bundesregierung in den bilateralen Beziehungen zu den südasiatischen Staaten findet sich unter <https://www.auswaertiges-amt.de/de/aussepolitik/regionaleschwerpunkte/asien/suedasien/217262>.

3. Inwieweit plant die Bundesregierung eine Novellierung der „Leitlinien zum Indo-Pazifik“ (Leitlinien zum Indo-Pazifik [auswaertiges-amt.de])?

Die Bundesregierung plant derzeit keine Novellierung der Leitlinien zum Indo-Pazifik.

4. Hat Deutschland in den Jahren 2018 bis 2022 humanitäre Hilfe für die südasiatischen Staaten gewährleistet, und wenn ja, für welche Staaten, in welchem Jahr, und zu welchem Ereignis, und wie groß (in Euro) war diese Hilfe?

Zum Umfang der humanitären Gesamtzusendungen der Bundesregierung in den südasiatischen Staaten wird auf die nachfolgende Tabelle verwiesen.

Land	2018 Ausgaben in Euro	2019 Ausgaben in Euro	2020 Ausgaben in Euro	2021 Ausgaben in Euro	2022 (Stand; 26.07.22) Ausgaben in Euro
Afghanistan* Andauernde humanitäre Notsituation, humanitäres Minenräumen, Deckung von Grundbedürfnissen	15.406.000	16.785.000	22.372.000	375.380.000	61.200.000
Bangladesch Rohingya-Flüchtlingskrise	16.209.000	18.864.000	15.141.000	12.407.000	6.800.000
Bhutan	–	–	–	–	–

Land	2018 Ausgaben in Euro	2019 Ausgaben in Euro	2020 Ausgaben in Euro	2021 Ausgaben in Euro	2022 (Stand; 26.07.22) Ausgaben in Euro
Indien	–	–	–	–	–
Malediven	–	–	–	–	–
Nepal Abmilderung Covid-19- Folgen	–	–	49.000	76.000	–
Pakistan Humanitäre Hilfe aufgrund der Notsituation und hum. Krise afghanischer Geflüch- teter	4.388.000	4.172.000	5.750.000	1.652.000	1.312.000
Sri Lanka Med. Erst- und Basisversor- gung und humanitäres Mi- nenräumen	–	2.050.000	2.137.000	2.000.000	1.000.000
Summe	36.003.000	41.871.000	45.449.000	391.515.000	70.312.000 (Stand: 26.07.2022)

\*Die Mittel werden zur Deckung der Grundbedürfnisse der afghanischen Bevölkerung mithilfe multilateraler (Vereinte Nationen, Weltbank) und humanitärer Nichtregierungsorganisationen umgesetzt.

5. Wie viele offizielle Treffen zwischen Mitgliedern der Bundesregierung Deutschlands und Mitgliedern der Regierungen von den jeweiligen südasiatischen Staaten fanden seit 2018 statt (bitte Datum, Ort, Teilnehmerinnen und Teilnehmer und Thema nennen)?

Es wird darauf hingewiesen, dass die erfragten Informationen nicht statistisch bzw. systematisch erfasst werden. Die Daten mussten daher im Rahmen einer Ressortabfrage erhoben werden. Durch regelmäßige gegenseitige Besuche halten Regierungsmitglieder intensiven Kontakt mit Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträgern der südasiatischen Staaten. Für eine Übersicht der offiziellen Besuche der Bundeskanzlerin a. D. bzw. des Bundeskanzlers und der Ministerinnen und Minister des Kabinetts oder der Regierungsmitglieder der südasiatischen Staaten in Deutschland seit 2018 wird auf nachfolgende Tabelle verwiesen. Zu den Inhalten vertraulicher Gespräche äußert sich die Bundesregierung grundsätzlich nicht.

Ort	Datum	Teilnehmer und Teilnehmerinnen, Anlass
Afghanistan		
Kabul, Masar-e Sharif	24. bis 26.03.2018	Bundesministerin a. D. Ursula von der Leyen, Truppenbesuch, bilaterale Gespräche
Masar-e Sharif	17. bis 18.12.2018	Bundesministerin a. D. Ursula von der Leyen, Truppenbesuch
Kabul, Masar-e Sharif	10. bis 11.03.2019	Bundesminister a. D. Heiko Maas, Truppenbesuch, bilaterale Gespräche
Berlin	28.06.2019	Bundesminister a. D. Heiko Maas, afghanischer Außenminister Salahuddin Rabbani, bilaterales Gespräch mit BM Maas
Masar-e Sharif, Kunduz, Kabul	02. bis 04.12.2019	Bundesministerin a. D. Annegret Kramp-Karrenbauer, Truppenbesuch, bilaterale Gespräche

Ort	Datum	Teilnehmer und Teilnehmerinnen, Anlass
Kabul, Masar-e Sharif	29.04.2021	Bundesminister a. D. Heiko Maas, Truppenbesuch, bilaterale Gespräche
Bangladesch		
Virtuell	13. bis 14.05.2019	<u>Petersberger Klimadialog</u> Umweltminister Mohammad Shahab Uddin
Berlin	16. bis 20.10.2019	Bundesminister a. D. Maas, BM a. D. Müller, Außenminister Dr. Abul Kalam Abdul Momen, bilaterale Gespräche
Dhaka	25. bis 26.02.2020	Bundesminister a. D. Gerd Müller, bilateraler Besuch
Bhutan		
Berlin	18.01.2019	Bundesministerin Schulze und Yeshey Penjor, Umweltminister, bilaterales Gespräch
Berlin	12.05.2019	<u>Petersberger Klimadialog X</u> Bundesministerin Schulze, Yeshey Penjor, Umweltminister
Videokonferenz	27.04.2020	<u>Petersberger Klimadialog XI</u> Bundesministerin Schulze, Dr. Tandi Dorji, Außenminister
Videokonferenz	05.05.2021	<u>Petersberger Klimadialog XII</u> Bundesministerin Schulze hatte eingeladen, Außenminister Dr. Tandi Dorji
Indien		
Berlin	19.10.2018	Bundesministerin Schulze und die indische Botschafterin, Baumpflanzaktion mit Vishnudas Chapke
Indien (Neu-Delhi)	13. bis 14.02.2019	Bundesministerin Schulze, bilateraler Besuch
Berlin	12.05.2019	<u>Petersberger Klimadialog X</u> Bundesministerin Schulze, Chandra Kishore Mishra, Vize-Umweltminister
Indien	31.10. bis 02.11.2019	<u>5. Deutsch-Indische Regierungskonsultationen</u> Bundeskanzlerin a. D. Merkel, Bundesminister a. D. Maas, Bundesministerin a. D. Klöckner, Bundesministerin a. D. Karliczek
Brüssel	17.02.2020	<u>Rat für Auswärtige Angelegenheiten (RfAB)</u> Indischer Außenminister
Berlin	18.02.2020	Indischer Außenminister Jaishankar, bilaterales Gespräch mit Bundesminister a. D. Altmaier
Berlin	19.02.2020	Indischer Außenminister, bilaterale Gespräche
Indien	26. bis 28.02.2020	Bundesminister a. D. Gerd Müller
Videokonferenz	27.04.2020	<u>Petersberger Klimadialog XI</u> Bundesministerin Schulze und Prakash Javadekar, indischer Umweltminister
Videokonferenz	05.05.2021	<u>Petersberger Klimadialog XII</u> Bundesministerin Schulze, Prakash Javadekar, indischer Umweltminister

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Version ersetzt.

Ort	Datum	Teilnehmer und Teilnehmerinnen, Anlass
Berlin	02.05.2022	<u>6. Deutsch-Indische Regierungskonsultationen</u> Bundeskanzler Scholz, Bundesministerin Baerbock, Bundesminister Lindner, Bundesminister Habeck, Bundesministerin Schulze Bundesministerin Lemke, Bundesministerin Stark-Watzinger mit Ministerpräsident Modi, Außenminister Jaishankar, Finanzministerin Sitharaman, Energieminister Singh
London	05.05.2021	Indischer Außenminister, Gymnich
New York	22.09.2021	Indischer Außenminister, bilaterale Gespräche
Pakistan		
Islamabad	12.03.2019	Bundesminister a. D. Heiko Maas, bilaterale Gespräche
Berlin	12.04.2021	Bundesminister a. D. Heiko Maas, Außenminister Shah Mehmood Qureshi, Bilaterales Gespräch
Islamabad	28. bis 29.04.2021	Bundesminister a. D. Heiko Maas, bilaterale Gespräche
Berlin	24.06.2021	Pakistanischer Armeechef, bilaterale Gespräche
Islamabad	30. bis 31.08.2021	Bundesminister a. D. Heiko Maas, bilaterale Gespräche
Islamabad	07.06.2022	Bundesministerin Annalena Baerbock, bilaterale Gespräche
Berlin	18. bis 19.07.2022	<u>Teilnahme am Petersberger Klimadialog</u> Bundesministerin Lemke Klimaministerin Sherry Rehman

6. In welchen SAARC-Staaten ist Deutschland mit Auslandsvertretungen, Goethe-Instituten, Auslandshandelskammern, Büros von politischen Stiftungen sowie weiteren Repräsentanzen vertreten, und inwieweit gab es hier seit dem Jahr 2018 nennenswerte Veränderungen (bitte detailliert für die einzelnen Staaten auflühren)?

Hinsichtlich der Anzahl von Auslandsvertretungen, Auslandshandelskammern, Büros von politischen Stiftungen sowie weiteren Repräsentanzen wird auf die Informationen und ggf. weiterführenden Links auf den nachfolgend aufgeführten Webseiten der Deutschen Botschaften in Indien (zuständig auch für Bhutan), Pakistan, Sri Lanka (zuständig auch für Malediven), Bangladesch und Nepal verwiesen. Auf den Malediven und in Bhutan gibt es keine deutsche Repräsentanz im Sinne der Fragestellung.

Botschaft Neu-Delhi (Indien): [www.india.diplo.de](http://www.india.diplo.de)

Botschaft Islamabad (Pakistan): [www.pakistan.diplo.de](http://www.pakistan.diplo.de)

Botschaft Colombo (Sri Lanka): [www.colombo.diplo.de](http://www.colombo.diplo.de)

Botschaft Dhaka (Bangladesch): [www.dhaka.diplo.de](http://www.dhaka.diplo.de)

Botschaft Kathmandu (Nepal): [www.kathmandu.diplo.de](http://www.kathmandu.diplo.de)

Nennenswerte Veränderungen seit 2018 sind in den angeführten Ländern nicht zu verzeichnen.

Deutsche Repräsentanzen im Sinne der Fragestellung gibt es derzeit nicht in Afghanistan. Die deutsche Botschaft Kabul ist seit dem 15. August 2021 bis auf weiteres geschlossen. Das Generalkonsulat in Masar-e Scharif wurde am 1. Ju-

ni 2021 geschlossen. Die Friedrich-Ebert-Stiftung und die Konrad-Adenauer-Stiftung haben ihre Büros in Kabul 2021 geschlossen. Eine Repräsentanz des Deutschen Akademischen Austauschdienstes e. V. (DAAD) in Afghanistan wurde 2017 geschlossen.

In Bangladesch hat der DAAD eine Informationsstelle in Dhaka, in Indien eine Außenstelle in Neu-Delhi sowie drei Informationsstellen in Bangalore, Chennai und Pune. Darüber hinaus verantwortet der DAAD das Deutsche Wissenschafts- und Innovationshaus in Neu-Delhi. In Pakistan besteht ein Informationszentrum des DAAD in Islamabad. In Sri Lanka hat der DAAD eine Informationsstelle in Colombo.

Die Standorte der Goethe-Institute sind nachfolgender Tabelle zu entnehmen:

Land	Stadt	Anmerkung
Afghanistan	Kabul	Einstellung der Institutsarbeit seit 2017 nach schwerem Anschlag
Bangladesch	Dhaka	
Indien	Bangalore	
	Chennai	
	Kalkutta	
	Mumbai	
	Neu-Delhi	
	Pune	
Pakistan	Karachi	
Pakistan	Lahore	Schließung 1998
Sri Lanka	Colombo	

7. Welche Kenntnisse hat die Bundesregierung über die aktuelle Menschenrechtslage und die Umsetzung der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte (AEMR) von 1948 und den Internationalen Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte (UN-Sozialpakt) von 1966 in den südasiatischen Staaten (bitte nach Staaten und den Fragen 7a bis 7e aufschlüsseln)?

Welche Probleme bestehen nach Kenntnis der Bundesregierung in den Bereichen von

- a) Frauenrechten,
- b) Kinderrechten,
- c) Religionsfreiheit,
- d) Nichtdiskriminierung und
- e) sozialen und wirtschaftlichen Rechten?

Die Frage 7 bis 7e werden zusammen beantwortet.

Die Bundesregierung beobachtet die Entwicklung der menschenrechtlichen Situation, der Rechtsstaatlichkeit und der Demokratie in den SAARC-Staaten (Afghanistan, Bangladesch, Bhutan, Indien, Malediven, Nepal, Pakistan, Sri Lanka). Sie tauscht sich dazu in bilateralen Gesprächen wie auch im Rahmen multilateraler Formate mit den Regierungen dieser Länder aus. Die Wahrung der Menschenrechte ist auch Thema in technischen Gesprächen von Vertreterinnen und Vertretern der Bundesregierung und internationaler Partner mit Vertretern der De-facto-Regierung in Kabul. Zum Stand der Umsetzung der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte (AEMR) von 1948 und des Internationalen Paktes über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte (UN-Sozialpakt) von 1966 wird auf den Universal Periodic Review des Menschen-

rechtsrats der Vereinten Nationen zu den von Frage 7 und Fragen 7 bis 7e genannten Themen verwiesen. Die Bundesregierung lässt sich im Rahmen des Universal Periodic Review zur Lage der Menschenrechte in den einzelnen Staaten durch Fragen und Empfehlungen ein. Die aktuellen UPR-Review-Berichte zu den einzelnen SAARC-Staaten sind über [www.ohchr.org/en/hr-bodies/upr/documentation](http://www.ohchr.org/en/hr-bodies/upr/documentation) einsehbar:

Für Afghanistan: [www.ohchr.org/en/hr-bodies/upr/af-index](http://www.ohchr.org/en/hr-bodies/upr/af-index)

Für Bangladesch: [www.ohchr.org/en/hr-bodies/upr/bd-index](http://www.ohchr.org/en/hr-bodies/upr/bd-index)

Für Bhutan: [www.ohchr.org/en/hr-bodies/upr/bt-index](http://www.ohchr.org/en/hr-bodies/upr/bt-index)

Für Indien: [www.ohchr.org/en/hr-bodies/upr/in-index](http://www.ohchr.org/en/hr-bodies/upr/in-index)

Für Malediven: [www.ohchr.org/en/hr-bodies/upr/mv-index](http://www.ohchr.org/en/hr-bodies/upr/mv-index)

Für Nepal: [www.ohchr.org/en/hr-bodies/upr/np-index](http://www.ohchr.org/en/hr-bodies/upr/np-index)

Für Pakistan: [www.ohchr.org/en/hr-bodies/upr/p-kindex](http://www.ohchr.org/en/hr-bodies/upr/p-kindex)

Für Sri Lanka: [www.ohchr.org/en/hr-bodies/upr/lk-index](http://www.ohchr.org/en/hr-bodies/upr/lk-index)

8. Inwieweit trägt Deutschland zur Stärkung der Menschenrechte in den SAARC-Staaten bei, und welche Erfolge kann die Bundesregierung dabei nennen?

Die Bundesregierung setzt sich in vielfältiger Weise gegenüber den Regierungen der SAARC-Staaten im bilateralen Austausch, gemeinsam mit Partnern (vor allem den Mitgliedsstaaten der Europäischen Union und den Delegationen der Europäischen Union in den SAARC-Staaten) sowie in internationalen Formaten und Foren für die Stärkung der Menschenrechte in den SAARC-Staaten ein. Besonders hervorzuheben ist dabei der VN-Menschenrechtsrat, in dem sich die Bundesregierung regelmäßig zur Menschenrechtslage auch in SAARC-Staaten einlässt. So konnte etwa mit der durch die Bundesregierung unterstützte Resolution zu Sri Lanka von März 2021 (A/HRC/RES/46/1) ein Projekt des VN-Hochkommissariats für Menschenrechte geschaffen werden, um Beweise zu Menschenrechtsverletzungen in Sri Lanka zu sammeln, Opfer und Überlebende zu vertreten und Gerichtsverfahren zu unterstützen. Mit der durch die Bundesregierung mitgetragenen Resolution zu Afghanistan von Oktober 2021 (A/HRC/RES/48/1) konnte ein Sonderberichterstatter mandatiert werden, um die Menschenrechtslage in Afghanistan zu überwachen. Darüber hinaus wird auf die Antwort zu Frage 24 verwiesen.

9. Welche Kenntnisse hat die Bundesregierung über die Anwendung der Todesstrafe und von Körperstrafen in den einzelnen SAARC-Staaten?

Hat die Bundesregierung ihre Bedenken in Bezug darauf öffentlich geäußert, und wenn ja, wann, in welcher Form, und welche Reaktionen gab es dazu seitens der jeweiligen Regierungen?

Die Bundesregierung setzt sich für die Abschaffung der Todesstrafe weltweit und damit auch in den SAARC-Staaten ein. So hat die Bundesregierung die SAARC-Staaten bis auf Afghanistan zum Weltkongress gegen die Todesstrafe vom 15. bis 18. November 2022 in Berlin eingeladen, um für Maßnahmen in Richtung der weltweiten Abschaffung bis zu diesem Zeitpunkt zu werben. Darüber hinaus beteiligen sich die deutschen Auslandsvertretungen entsprechend der Leitlinien der EU zur Todesstrafe (8416/13 COHOM 64 PESC 403 OC213) an Demarchen gegenüber SAARC Staaten, zuletzt in Pakistan im Mai und Sri Lanka im Juni 2022. Die Bundesregierung äußert sich regelmäßig öffentlich

zur Todesstrafe, einschließlich über die sozialen Medien. Nachfolgend wird der Stand zur Anwendung von Körperstrafen und der Todesstrafe sowie die Anzahl der zuletzt erfassten vollstreckten Todesurteile in den SAARC-Staaten aufgelistet:

Land	Stand der Anwendung von Körperstrafen	Stand der Anwendung der Todesstrafe	Anzahl zuletzt erfasster vollstreckter Todesurteile (offizielle Angaben)
Afghanistan*		beibehalten	2021: 0
Bangladesch	Keine Anwendung	beibehalten	Januar 2021 bis Juni 2022: 7
Bhutan	Gem. Verfassung verboten	abgeschafft	--
Indien	Keine Anwendung	beibehalten	2020: 4
Malediven	Anwendung ausgesetzt	Moratorium (de facto)	--
Nepal	Gem. Verfassung verboten	abgeschafft	--
Pakistan	Im pakistanischen Recht nicht vorgesehen	beibehalten	2021: 0
Sri Lanka	Keine Anwendung	Moratorium (de facto)	--

\* Ein von den Taliban nach ihrer Machtergreifung begonnener Umbau des Justizsystems ist bislang nicht abgeschlossen, woraus Parallelstrukturen und ein anhaltendes rechtliches Vakuum entstehen. Die Verfassung von 2004 ist de facto ausgehebelt. Die sowohl während des ersten Taliban-Regimes, als auch vor dem Zusammenbruch der Republik in von den Taliban kontrollierten Gebieten angewandte Rechtspraxis auf Grundlage ihrer Auslegung der Scharia sieht die Todesstrafe vor. Offiziell wurde die Todesstrafe bisher nicht verhängt. Aus verschiedenen Provinzen gibt es anhaltende, im Einzelfall nur schwer verifizierbare Berichte über öffentliche Strafmaßnahmen, die auch Körperstrafen wie Steinigung und Auspeitschung einschließen. Auf nationaler Ebene wurde im April 2022 erstmals eine Körperstrafe (Peitschenhiebe) wegen Drogen- und Alkoholkonsums durch den Obersten Gerichtshof verhängt.

10. Wie entwickelte sich die Import- und Exportdynamik zwischen Deutschland und den jeweiligen SAARC-Staaten seit 2018, und welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung daraus (bitte nach Jahren und Staaten aufschlüsseln)?

Nachfolgend werden die Import- und Exportwerte und Jahressalden zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem jeweiligen SAARC-Staat aufgelistet:

Jahr	Land (Import = I / Export = E / Saldo = S / Handelsvolumen = H / Werte in Mio. Euro)								
		Indien	Pakistan	Afghanistan	Bangladesch	Sri Lanka	Nepal	Bhutan	Malediven
2018	I:	8.926	1.698	11	5.808	724	28	7	19
	E:	12.499	1.305	81	828	351	46	2	46
	H:	21.425	3.003	92	6.636	1.075	74	9	65
	S:	+3.573	-393	+70	-4.980	-373	+18	-5	+27
2019	I:	9.381	1.792	19	5.922	754	29	1	25
	E:	11.936	1.077	65	813	317	43	5	43
	H:	21.317	2.869	84	6.735	1.071	72	6	68
	S:	+2.555	-715	+46	-5.109	-437	+14	+4	+18
2020	I:	8.908	1.858	15	5.741	725	23	<1	23
	E:	10.658	1.055	69	531	233	28	7	24

Jahr	Land (Import = I / Export = E / Saldo = S / Handelsvolumen = H / Werte in Mio. Euro)								
		Indien	Pakistan	Afghanis- tan	Bangla- desch	Sri Lanka	Nepal	Bhutan	Malediven
	H:	19.566	2.913	84	6.272	958	51	>7	47
	S:	+1.750	-803	+54	-5.210	-492	+5	+7	+1
2021	I:	10.863	2.158	11	7.118	861	28	1	22
	E:	12.455	1.331	57	772	264	37	5	34
	H:	23.318	3.489	68	7.890	1.125	65	6	56
	S:	+1.592	-827	+46	-6.346	-597	+9	+4	+12

Quelle: <https://www.destatis.de>

Die Bundesregierung beobachtet kontinuierlich die wirtschaftliche Dynamik in der Region und stimmt sich hierzu im Ressortkreis laufend ab.

Deutschland unterstützt die Verhandlungen der Europäischen Union mit Indien zu einem Freihandelsabkommen. Für Bangladesch ist Deutschland einer der größten Absatzmärkte für die Exportgüter Textilien und Bekleidung. Für Nepal stellt Deutschland einen wichtigen Absatzmarkt für Teppiche und Textilprodukte dar.

11. Welche Kenntnisse hat die Bundesregierung über die bestehenden gemeinsamen Projekte und Zusammenarbeitsprogramme zwischen der Europäischen Union und der SAARC?

Die Europäische Union (EU), die eine engere regionale Zusammenarbeit im Rahmen von SAARC positiv bewertet, hat seit 2006 einen Beobachterstatus in der SAARC, zusammen mit Australien, China, Iran, Japan, der Republik Korea, Mauritius, Myanmar und den Vereinigten Staaten. Auf dem Gipfeltreffen im Jahr 2014 wurde vereinbart, die Beobachter in eine bedarfsorientierte und projektbezogene Zusammenarbeit in einer Reihe von entwicklungspolitischen und wirtschaftlichen Schwerpunktbereichen einzubinden. Die EU hat sich außerdem verpflichtet, die Konnektivität in der Region in enger Zusammenarbeit mit ihren Partnern im Rahmen der EU-Strategie Global Gateway zu fördern.

12. Welche Kenntnisse hat die Bundesregierung über die Maßnahmen zur Armutsbekämpfung in den südasiatischen Staaten und über die aktuellen Erfolge dieser Maßnahmen (bitte nach einzelnen Staaten aufschlüsseln)?

Inwieweit ist Deutschland an solchen Projekten in Südasien beteiligt (bitte konkrete Projekte und den Umfang der finanziellen Mittel nennen)?

Alle SAARC-Staaten verfügen nach Kenntnis der Bundesregierung über Strategien zur Bekämpfung von Armut, unter anderem im Kontext der Nachhaltigen Entwicklungsziele (Sustainable Development Goals/SDG). Der Fortschritt in Bezug auf SDG 1 („Keine Armut“) wird von den Ländern im „Sustainable Development Report“ erfasst. Die jeweiligen Länderstrategien finden sich in der nachstehenden Tabelle.

	Link zur nationalen Armutsbekämpfungsstrategie bzw. nationalen Strategie zur SDG-Implementierung
Afghanistan	<a href="https://mof.gov.af/sites/default/files/2021-05/ANDS.pdf">https://mof.gov.af/sites/default/files/2021-05/ANDS.pdf</a>
Bangladesch	<a href="https://policy.asiapacificenergy.org/sites/default/files/National-Sustainable-Development-Strategy.pdf">https://policy.asiapacificenergy.org/sites/default/files/National-Sustainable-Development-Strategy.pdf</a>
Indien	<a href="https://www.niti.gov.in/sites/default/files/2019-01/Strategy_for_New_India_2.pdf">https://www.niti.gov.in/sites/default/files/2019-01/Strategy_for_New_India_2.pdf</a>

Nepal	<a href="https://www.undp.org/nepal/publications/sustainable-development-goals-status-and-roadmap-2016-2030">https://www.undp.org/nepal/publications/sustainable-development-goals-status-and-roadmap-2016-2030</a>
Pakistan	<a href="https://climate-laws.org/geographies/pakistan/policies/national-sustainable-development-strategy-nsds-pakistan-s-pathway-to-a-sustainable-and-resilient-future">https://climate-laws.org/geographies/pakistan/policies/national-sustainable-development-strategy-nsds-pakistan-s-pathway-to-a-sustainable-and-resilient-future</a>
Sri Lanka	<a href="https://www.switch-asia.eu/site/assets/files/2592/draft_national_policy_and_strategy_on_sustainable_development.pdf">https://www.switch-asia.eu/site/assets/files/2592/draft_national_policy_and_strategy_on_sustainable_development.pdf</a>
Bhutan	<a href="https://www.gnhc.gov.bt/en/wp-content/uploads/2019/05/TWELVE-FIVE-YEAR-WEB-VERSION.pdf">https://www.gnhc.gov.bt/en/wp-content/uploads/2019/05/TWELVE-FIVE-YEAR-WEB-VERSION.pdf</a>
Malediven	<a href="https://policy.asiapacificenergy.org/sites/default/files/Maldives-National-Strategy-for-Sustainable-Development.pdf">https://policy.asiapacificenergy.org/sites/default/files/Maldives-National-Strategy-for-Sustainable-Development.pdf</a>

Teil des „Sustainable Development Report“ sind auch Länderprofile, in denen über Fortschritte in der Umsetzung der einzelnen SDG berichtet wird (<https://dashboards.sdindex.org/profiles>).

Die fragegegenständlichen laufenden Maßnahmen der bilateral staatlichen EZ können der Anlage 1\* entnommen werden.

13. Welche Initiativen zur Bekämpfung des Menschenhandels und der Zwangsprostitution mit Bezug auf Südasiens unterstützt die Bundesrepublik Deutschland?

Die Bundesregierung unterstützt derzeit keine Initiativen im Sinne der Fragestellung.

14. Welche Initiativen zur Bekämpfung von Ausbeutung und gesundheitsschädlichen Arbeitsbedingungen mit Bezug auf Südasiens unterstützt die Bundesrepublik Deutschland?

Die Bundesregierung fördert Projekte zur Umsetzung der Leitprinzipien der Vereinten Nationen und des Nationalen Aktionsplans „Wirtschaft und Menschenrechte“. Dazu wurde in diesem Jahr in Indien ein Projekt zur Unterstützung einer indienweiten Sensibilisierungskampagne für Sicherheit, Gesundheit und Arbeitsbedingungen der Arbeiterinnen und Arbeiter auf Baustellen gefördert.

In Bangladesch und Pakistan unterstützt die bilaterale deutsche Entwicklungszusammenarbeit die Verbesserung von Arbeits-, Umwelt- und Sozialstandards in der Textil- und Lederindustrie. Darüber hinaus werden in Indien und Pakistan auch Maßnahmen umgesetzt, die insbesondere die Absicherung im Krankheitsfall für die allgemeine Bevölkerung einschließen.

Darüber hinaus wird auf die Antwort zu Frage 12 verwiesen.

\* Von einer Drucklegung der Anlage wird abgesehen. Diese ist auf Bundestagsdrucksache 20/3357 auf der Internetseite des Deutschen Bundestages abrufbar.

15. Welche Kenntnisse hat die Bundesregierung über den aktuellen Stand von Verhandlungen über einen Abschluss eines Freihandels- und Investitionsabkommens mit den einzelnen SAARC-Staaten?

Es wird auf die Antwort zu Frage 10 verwiesen.

16. In welchem Umfang gab es seit 2018 Rüstungsexporte von Deutschland in die südasiatischen Staaten (bitte aufgeschlüsselt nach Staaten, Jahr und Umfang nennen)?

Die Frage wird auf Basis des Wertes der im erfragten Zeitraum erteilten Ausfuhrgenehmigungen für Rüstungsgüter beantwortet. Für die Werte der Ausfuhrgenehmigungen für Rüstungsgüter in den Jahren 2018 bis 2020 wird auf die Angaben in den Rüstungsexportberichten der Bundesregierung verwiesen.

Bei den Angaben für Genehmigungszahlen und Genehmigungswerten für die Jahre 2021 und 2022 handelt es sich um vorläufige Zahlen, die sich durch Berichtigungen und Fehlerkorrekturen noch verändern können.

Land	Jahr	Wert in Euro
Afghanistan*	2021	2.788.196
	01.01. bis 25.07. 2022	1.495.600
Bangladesch	2021	1.972.605
	01.01. bis 25.07.2022	40.988
Indien	2021	32.985.646
	01.01. bis 25.07.2022	8.704.519
Malediven	2021	0
	01.01. bis 25.07.2022	65.870
Pakistan	2021	39.948.146
	01.01. bis 25.07.2022	1.900.846
Sri Lanka	2021	49.346
	01.01. bis 25.07.2022	48.750

\*Ausfuhrgenehmigungen wurden im Rahmen von Bündnisverpflichtungen sowie der Unterstützung humanitärer Arbeit von internationalen Organisationen erteilt.

17. Inwieweit werden Sicherheitsfragen in der Region in der Zusammenarbeit zwischen Deutschland und den jeweiligen SAARC-Staaten berücksichtigt?

Den Rahmen für das sicherheitspolitische Engagement der Bundesregierung im indopazifischen Raum und damit auch in den SAARC-Staaten bilden die Leitlinien zum Indo-Pazifik, wonach die Bundesregierung beabsichtigt, ihr Engagement in der gesamten Bandbreite von Sicherheitsfragen einschließlich des maritimen Bereichs auszuweiten. Für weitere Informationen hierzu wird auf das Kapitel „II Gestaltungsfelder – Frieden, Sicherheit und Stabilität stärken“ der Leitlinien zum Indo-Pazifik verwiesen (<https://www.auswaertiges-amt.de/blob/2380500/33f978a9d4f511942c241eb4602086c1/200901-indo-pazifik-leitlinie-n--1--data.pdf>).

Eine bilaterale Zusammenarbeit im Sinne der Fragestellung zwischen Deutschland und der De-Facto-Regierung in Kabul existiert nicht.

18. Welche Aktivitäten zur Zusammenarbeit auf den Gebieten der Militär und Sicherheitspolitik gab es zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den SAARC-Staaten seit 2018 (bitte aufgeschlüsselt nach Jahr und Staaten die einzelnen Aktivitäten nennen)?

Die Antwort wird als VS – „Nur für den Dienstgebrauch“ eingestuft und im Parlamentssekretariat des Deutschen Bundestages hinterlegt, wo sie von Berechtigten eingesehen werden kann.

Der parlamentarische Informationsanspruch ist grundsätzlich auf die Beantwortung gestellter Fragen in der Öffentlichkeit angelegt. Die Bundesregierung ist hier jedoch nach sorgfältiger Abwägung zu der Auffassung gelangt, dass im Hinblick auf das Staatswohl eine Beantwortung der Frage 18 nicht offen erfolgen kann.

Die Veröffentlichung berührt das Sicherheitsinteresse anderer Staaten, deren Bekanntwerden zu Beeinträchtigung der bilateralen Beziehungen führen könnte. Ein Grundsatz bilateraler militärischer Kooperation ist, dass Informationen über bilaterale Zusammenarbeit gegenüber Dritten nicht offengelegt werden. Eine Veröffentlichung würde von den Partnerstaaten als Bruch dieser bilateralen Vertraulichkeit gewertet werden und würde sich so nachteilig auf die wirkliche Zusammenarbeit und damit für die Interessen der Bundesrepublik Deutschland auswirken. Anlage 2\* zu Frage 18 ist daher als VS – „Nur für den Dienstgebrauch“ eingestuft.

19. Welche Projekte wurden in den Bereichen Wissenschaft, Bildung und Kultur seit 2018 in den SAARC-Staaten durch die Bundesregierung bzw. mit deren Unterstützung realisiert, und welche sind darüber hinaus geplant (bitte die einzelnen Projekte aufgeschlüsselt nach Bundesbehörden nennen)?
20. Fördert die Bundesregierung Bildungsprojekte in den SAARC-Staaten, und wenn ja, welche konkreten Projekte, wie, seit wann und mit welchen finanziellen Mitteln (bitte nach den Staaten aufschlüsseln)?
- Welche von diesen Bildungsprojekten sind auf Frauen ausgerichtet?

Die Fragen 19 und 20 werden zusammen beantwortet.

Die Bundesregierung unterstützt in den SAARC-Staaten zahlreiche Projekte und zivilgesellschaftliche Organisationen in den Bereichen Wissenschaft, Bildung und Kultur. So wurden seit 2018 beispielsweise vom Bundesministerium für Bildung und Forschung strategische Partnerschaften mit Bangladesch zur Stärkung des wissenschaftlichen Personenaustauschs ausgebaut und im Jahr 2020 zudem eine Institutspartnerschaft gefördert. Darüber hinaus bestehen zwischen indischen und deutschen Forschungseinrichtungen aktuell zwölf Institutspartnerschaften. Das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz fördert unter anderem Nachwuchsführungskräfte und Postdocs aus Indien und Bangladesch. Zwischen 2018 und 2021 hat beispielsweise die Alexander von Humboldt-Stiftung (AvH) vier Internationale Klimaschutzstipendien an Nachwuchsführungskräfte aus Bangladesch verliehen. In Indien vergibt die AvH jährlich bis zu 20 Internationale Klimaschutzstipendien, davon seit 2010 bislang 17 an Personen aus Indien. Das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung unterstützt ebenfalls zahlreiche Projekte. Zur Höhe der jährlichen bilateralen deutschen ODA-Leistungen an die SAARC-Staaten wird auf die öffentlich zugänglichen Daten-

\* Von einer Drucklegung der Anlage wird abgesehen. Diese ist auf Bundestagsdrucksache 20/3357 auf der Internetseite des Deutschen Bundestages abrufbar.

banken der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) sowie auf die nachfolgend aufgeführte Projektdatenbank verwiesen:

<https://stats.oecd.org/Index.aspx?DataSetCode=TABLE2A>) <https://stats.oecd.org/Index.aspx?DataSetCode=CRS1>)

<https://d-portal.org>

Zusätzlich zu den genannten Beispielen unterstützt die Bundesregierung auch zahlreiche Maßnahmen der Mittlerorganisationen, darunter des Deutschen Akademischen Austauschdienstes, des Goethe-Instituts sowie des Instituts für Auslandsbeziehungen, sowie Projekte im Bereich Deutsch als Fremdsprache, Kulturerhalt, Kreativwirtschaft, Schulen, Stipendien, Workshops und Vortragsprogramme. Die Förderhöhe kann je nach Projektumfang variieren. Beispielsweise können Stipendienprogramme oder Medienprojekte (Umweltjournalismus) im sechsstelligen Bereich liegen.

In den geförderten Formaten wird auf die Teilhabe von Frauen ein besonderes Augenmerk gelegt. Das Bundesministerium für Bildung und Forschung unterstützt beispielsweise ein Projekt zur Reduktion der Unterernährung bei Kleinkindern durch ein integriertes Landwirtschaftsprojekt mit Frauengruppen in Bangladesch. Zudem fördert der DAAD beispielsweise in der Region Asien 49 Prozent Frauen aus dem Ausland und 53 Prozent Frauen aus Deutschland (siehe Jahresbericht 2021 [https://static.daad.de/media/daad\\_de/pdfs\\_nicht\\_barrierefrei/der-daad/web\\_jb\\_2021.pdf](https://static.daad.de/media/daad_de/pdfs_nicht_barrierefrei/der-daad/web_jb_2021.pdf)).

21. Von welchen Stiftungen bzw. Nichtregierungsorganisationen (NGOs) sind der Bundesregierung Länderanalysen bzw. Berichte in Bezug auf Südasien bekannt, und inwieweit werden sie in der bilateralen Zusammenarbeit berücksichtigt?

Der Bundesregierung sind eine Vielzahl von Länderanalysen und Berichten von Stiftungen und Nichtregierungsorganisationen in Bezug auf Südasien bekannt. Zu diesen Organisationen zählen neben den deutschen politischen Stiftungen, deutsche und internationale Nichtregierungsorganisationen wie beispielsweise Amnesty International, OXFAM, Human Rights Watch und weitere. Die Bundesregierung steht in unterschiedlicher Form und Ausprägung im engen Austausch mit diesen Stiftungen und Nichtregierungsorganisationen, deren Analysen und Berichte in unterschiedlichem Maße in die Bewertung des Gesamtbildes und in die Gestaltung der bilateralen Zusammenarbeit der Bundesregierung mit den Staaten Südasiens einfließen.

22. Wie hat sich nach Kenntnis der Bundesregierung die Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Sports zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den SAARC-Staaten seit dem Jahr 2018 entwickelt, und welche Projekte und sonstigen Aktivitäten hat die Bundesregierung in dieser Zeit sowie für das laufende Jahr zur Entwicklung der Zusammenarbeit in der Sportpolitik (inklusive Behindertensport) mit diesen Staaten initiiert bzw. unterstützt (bitte aufgeschlüsselt nach Staaten die einzelnen Aktivitäten, den Zeitraum, das zuständige Bundesministerium, die beauftragten Institutionen und die Höhe der finanziellen Aufwendungen des Bundes nennen)?

Seit 2018 hat das Auswärtige Amt insgesamt fünf Sportprojekte in Indien und Sri Lanka gefördert, die nachfolgender Tabelle entnommen werden können.

Jahr	Land	Volumen in Euro	Projekt
2018	Sri Lanka	11.329,67	Kurzzeitprojekt Tischtennis-Entwicklung
2019	Sri Lanka	4.800,00	Mädchenfußball-Turnier, Tafa Thaabit Ahmed Football Academy
2021	Indien	Nicht zu beziffern	Übersendung von 300 Bällen, 100 Trikots / Shorts sowie 100 Mützen
2021	Indien	3.417,00	Gerätespende für Rurkha Kalan Youth Football Academy
2021	Sri Lanka	4.966,00	Gerätespende für Sri Lanka Chess Federation, onlinefähige behindertengerechte Schachausrüstung

23. Wie haben sich nach Kenntnis der Bundesregierung der Tourismus und die Reisetätigkeit zwischen Deutschland und den Staaten der südasiatischen Region seit 2018 entwickelt, und welche Projekte und sonstigen Aktivitäten hat die Bundesregierung seit dem Jahr 2018 zur Entwicklung des Tourismus (inklusive barrierefreier Tourismus) zwischen Deutschland und den SAARC-Staaten initiiert bzw. unterstützt (bitte aufgeschlüsselt nach Staaten die einzelnen Aktivitäten, den Zeitraum, die beauftragten Institutionen und die Höhe der finanziellen Aufwendungen des Bundes nennen)?

Der Tourismus ist einer der Sektoren, die am stärksten von der COVID-19-Pandemie getroffen wurden. Dies gilt auch für die SAARC-Staaten, die allerdings in unterschiedlichem Maße betroffen sind, da der Anteil des Tourismus in den jeweiligen Volkswirtschaften unterschiedlich stark ausgeprägt ist.

Nach dem Bericht der Weltbankgruppe „COVID-19 and Tourism in South Asia“ aus dem Jahr 2020 wird der Anteil des Tourismus in der Region im Jahr 2019 auf zwischen 3 und 56,6 Prozent des BIP (Malediven 56,6 Prozent, Sri Lanka 10,3 Prozent, Bhutan 9 Prozent, Indien 6,8 Prozent, Nepal 6,7 Prozent, Pakistan 5,9 Prozent, Bangladesch 3 Prozent, Afghanistan keine Angaben) beziffert.

Nach Schätzungen des Verbands World Travel & Tourism Council (WTTC) des Jahres 2020 war der Tourismus in der SAARC-Region mit Ausnahme Afghanistans für jeden zehnten neu geschaffenen Arbeitsplatz in den letzten zwanzig Jahren verantwortlich. Angaben der Weltbank zufolge existierten 2019 in der Region 47,7 Millionen Arbeitsplätze in der Tourismuswirtschaft. Pandemiebedingt nahmen die Ankünfte in den SAARC-Staaten in den Jahren 2020 und 2021 um bis zu 60 Prozent ab.

Nach Angaben der Welttourismusorganisation der Vereinten Nationen UNWTO wurden von den jeweiligen nationalen statistischen Ämtern folgende Zahlen für die Ankünfte deutscher Reisender gemeldet:

Staat	Zeitraum		
	2018	2019	2020
Bangladesch	36.833	36.641	5.896
Bhutan	3.422	3.375	405
Indien	274.087	264.973	72.558
Malediven	117.532	131.561	36.435
Sri Lanka	2.447.453	2.195.109	455.492

Für Afghanistan, Pakistan und Nepal wurden keine vergleichbaren Angaben übermittelt.

Die Projekte der Bundesregierung seit 2018 in den SAARC-Staaten können der nachfolgenden Tabelle entnommen werden.

Staat	Projekt	Zeitraum	Beauftragte Institutionen	Höhe der finanziellen Aufwendungen (in Euro) *
Malediven	Globale Initiative Katastrophenrisikomanagement: Projekt „Hotel Resilient“ – integriertes Risikomanagement im Tourismussektor	2018	GIZ	15.000
Nepal	Programm zur Förderung sozial ausgewogener Wirtschaftsentwicklung	01/2018 bis 05/2019	GIZ	100.000
Nepal	Import Promotion Desk (Produkt „Nachhaltiger Tourismus“)	01/2018 bis 12/2022	sequa	400.000
Sri Lanka	Globale Initiative Katastrophenrisikomanagement: Projekt „Resilienter Tourismus im Lichte von Katastrophen und Klimawandel“ ()	11/2019 bis 10/2020	GIZ/Deutsches Komitee für Katastrophenvorsorge e. V. (DKKV)	60.000
Sri Lanka	KMU-Sektorentwicklung in Sri Lanka: Komponente Tourismusentwicklung	01/2020 bis 12/2022	GIZ	1.700.000
Sri Lanka	SV Zusammenarbeit mit der Wirtschaft: Projekt „Destinations-resilienz – Qualitätsinfrastruktur für resilienten Tourismus“	06/2021 bis 10/2022	GIZ/DKKV/Futouris e. V.	210.000

\* Bei den angegebenen Beträgen handelt es sich um eine grobe Schätzung der Aufwendungen im Zeitraum Januar 2018 bis Dezember 2022 (Stand: März 2022), da die Zahlenangaben sich teilweise auf einzelne Projektkomponenten beziehen.

24. Welche Organisationen und NGOs, die sich mit den Fragen der Menschenrechte und Stärkung der Zivilgesellschaft in den SAARC-Staaten beschäftigen, werden vom Bund finanziell unterstützt (bitte die einzelnen Organisationen, ihre Projekte und den Umfang der finanziellen Mittel aufgeschlüsselt seit 2018 nennen)?

Die Bundesregierung unterstützt vielfältige Projekte und zivilgesellschaftliche Organisationen im Bereich Förderung von Menschenrechten und Stärkung der Zivilgesellschaft. So wurden seit 2018 unter anderem Menschenrechtsprojekte zur Bekämpfung von Folter, zur Stärkung der Rechte von Kindern und Frauen oder gegen die Diskriminierung ethnischer Minderheiten finanziell gefördert.

Die Bundesregierung verweist auf die in Anlage 3\* enthaltene Aufstellung dieser Projekte, die teilweise unter fragilen Sicherheitsbedingungen umgesetzt werden, in denen zivilgesellschaftliche Träger aufgrund ihres Engagements besonders gefährdet sind. Ihre öffentliche Nennung würde ein nicht unerhebliches Risiko für den Bestand der lokalen nichtstaatlichen Organisationen beinhalten. Anlage 3\* ist daher als VS – „Nur für den Dienstgebrauch“ eingestuft. Die

\* Von einer Drucklegung der Anlage wird abgesehen. Diese ist auf Bundestagsdrucksache 28/3357 auf der Internetseite des Deutschen Bundestages abrufbar.

Antwort wird im Parlamentssekretariat des Deutschen Bundestages hinterlegt und kann dort von den Berechtigten eingesehen werden.

In einigen Fällen könnte die Nennung der Trägerorganisationen eine Gefährdung für Gesundheit und ggf. sogar für das Leben der für die Organisationen tätigen Personen bedeuten. Ihre Benennung könnte zudem das für die Zusammenarbeit mit der Bundesregierung erforderliche Vertrauen beschädigen und so die funktionsgerechte und adäquate Förderung der Menschenrechte als Regierungsaufgabe gefährden. Eine Übermittlung als Verschlusssache scheidet aufgrund der potentiellen Gefahr für Leib und Leben aus. Die Benennung der Trägerorganisationen kann in diesen Fällen daher nicht erfolgen.

Im Übrigen wird auf die in der Antwort zu Frage 19 erwähnten, öffentlich zugänglichen Datenbanken verwiesen.

25. Welche Kenntnisse hat die Bundesregierung über das Problem der Umweltverschmutzung in Südasien?

Ist die Bundesrepublik Deutschland an Umweltprojekten in Südasien aktuell beteiligt, und wenn ja, an welchen, inwieweit, und mit welchen finanziellen Mitteln (bitte nach einzelnen Projekten aufschlüsseln)?

Die Umweltverschmutzung, der Verlust der biologischen Vielfalt und die Folgen des Klimawandels stellt die Staaten in Südasien vor große Herausforderungen. Für die Umsetzung globaler Ziele im Klima-, Natur- und Umweltschutz sowie nachhaltiger Entwicklung arbeitet die Bundesregierung daher im Rahmen eines großen Portfolios an bilateralen, regionalen und globalen Vorhaben eng mit diesen Staaten zusammen.

Im Übrigen wird auf die in der Antwort zu Frage 19 erwähnten, ODA-relevanten öffentlich zugänglichen Datenbanken verwiesen. Im Hinblick auf konkrete Förderungen von Umwelt-, Klima- und Biodiversitätsprojekten kann ein Förderbereichsschlüssel ausgewählt werden, zum Beispiel zu „General environment protection“ oder „Biodiversity“ oder – so wie in der Datenbank der Internationalen Klimaschutzinitiative der Bundesregierung, die ebenfalls öffentlich zugänglich ist – unter anderem eine länderspezifische Suche durchgeführt werden.

26. Welche Kenntnisse hat die Bundesregierung über den Prozess der Unterzeichnung, Ratifizierung und Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention von 2006 in den südasiatischen Staaten (bitte detailliert nach den einzelnen Staaten aufschlüsseln)?

Der Stand der Unterzeichnung und Ratifizierung der UN-Behindertenrechtskonvention in den einzelnen Staaten ist einsehbar auf der Website des Büros der Hohen Kommissarin der Vereinten Nationen für Menschenrechte unter <https://indicators.ohchr.org>. Über den weiteren Verlauf der Umsetzung der einzelnen Menschenrechtskonventionen in den jeweiligen Staaten beraten die Fachausschüsse, in diesem Fall der UN-Behindertenrechtsausschuss, und äußern sich dazu regelmäßig. Die Bewertungen des UN-Behindertenrechtsausschusses zu einzelnen Ländern können unter <https://www.ohchr.org/en/treaty-bodies/crpd> eingesehen werden.

27. Welche Kenntnisse hat die Bundesregierung über die Lebensbedingungen von Menschen mit Behinderungen sowie über die staatliche Versorgung bzw. staatlichen Programme für Menschen mit Behinderung in den Staaten der südasiatischen Region (bitte nach Staaten aufschlüsseln)?

Es wird auf die Antwort zu Frage 7 verwiesen. Im Universellen Staatenüberprüfungsverfahren (Universal Periodic Review, UPR) des Menschenrechtsrats der Vereinten Nationen sind die Lebensbedingungen von Menschen mit Behinderungen und staatliche Unterstützungsmaßnahmen für Menschen mit Behinderungen ebenfalls Gegenstand der Überprüfung und von Empfehlungen.

28. Welche Aktivitäten gab es seitens der Bundesregierung zu behindertenpolitischen Themen mit den SAARC-Staaten, und in welcher Weise unterstützt die Bundesregierung die Zusammenarbeit und den Erfahrungsaustausch zwischen Behindertenorganisationen aus Deutschland und aus den südasiatischen Staaten bei der Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention (bitte die Maßnahmen seit 2018 nach Staaten, Jahren, zuständiger Bundesbehörde, Organisation und finanziellem Umfang nennen)?

Im Rahmen von Regierungsgesprächen wird die Inklusion von Menschen mit Behinderungen regelmäßig thematisiert. Eine statistische Erfassung dieser Gespräche erfolgt nicht. Erfahrungsaustausch zwischen deutscher und südasiatischer Zivilgesellschaft findet statt, auch mit dem Ziel, Selbstvertretungsorganisationen von Menschen mit Behinderungen zu stärken. Darüber hinaus hat die Bundesregierung keine Kenntnis, welche Aktivitäten in direktem, internationalem Austausch zwischen den einzelnen Organisationen, die sich für die Rechte von Menschen mit Behinderungen einsetzen, stattfinden.

29. Welche Kenntnisse hat die Bundesregierung über die aktuelle Lage der Rohingya, und welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung daraus?

Rund eine Million aus Myanmar geflüchteter Rohingya halten sich derzeit überwiegend in Bangladesch (ca. 900 000) und Malaysia (ca. 100 000) auf. Die Grundversorgung der Flüchtlinge in Bangladesch wird durch die bangladeschische Regierung sowie von VN-Organisationen und Nichtregierungsorganisationen gesichert. Ähnlich gestaltet sich die Situation in Malaysia. In Myanmar selbst hat sich die Lage der Rohingya durch die weitgehende Kontrolle der „Arakan Army“ über die angestammten Siedlungsgebiete der Rohingya in den nordwestlichen Provinzen Rakhine und Shan teils auf niedrigem Niveau konsolidiert, bleibt aber unsicher. Die Voraussetzungen für eine freiwillige, sichere und würdevolle Rückkehr der Flüchtlinge nach Myanmar sind – auch angesichts des Militärputsches in Myanmar im Februar 2021 – derzeit nicht gegeben.

Die Bundesregierung hat seit 2017 rund 72 Mio. Euro Humanitäre Hilfe zur Unterstützung der Rohingya in der Region Cox Bazar geleistet und weitere rund 106 Mio. Euro für Entwicklungsprojekte sowie 1,1 Mio. Euro für Stabilisierungsprojekte für die geflüchteten Rohingya und ihre Gastgemeinden zur Verfügung gestellt. In Myanmar fördert die Bundesregierung Projekte in Zusammenarbeit mit dem Flüchtlingshilfswerk UNHCR und hat ihre humanitäre Hilfe über das Jahr 2021 auf insgesamt etwa 16,4 Mio. Euro verdoppelt.

30. Hat sich die Bundesregierung zur Einführung des 20. Novellierungsgesetzes in Sri Lanka positioniert, und inwieweit hat dieses Gesetz Auswirkungen auf die Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Sri Lanka?

Der 20. Verfassungszusatz zur sri-lankischen Verfassung (20A) wurde am 22. Oktober 2020 mit der erforderlichen Mehrheit vom sri-lankischen Parlament angenommen. Mit dem 20. Verfassungszusatz wurden die Machtbefugnisse des Präsidenten signifikant ausgeweitet. Die sri-lankische Regierung hat dem Parlament jüngst den Entwurf eines Verfassungszusatzes vorgelegt, mit dem die Änderungen des 20. Verfassungszusatzes weitgehend rückgängig gemacht werden sollen. Die Bundesregierung tritt für effektive Gewaltenteilung als grundlegendes Prinzip demokratischer Staatsordnung ein.

## KA 20/2856 Anlage 1 zu Frage 12

Nachfolgende Übersicht illustriert Maßnahmen der bilateral staatlichen Entwicklungszusammenarbeit (EZ) im Bereich der Armutsbekämpfung in den genannten SAARC-Staaten. Die Angaben beziehen sich auf derzeit laufende Vorhaben, finanziert mit Mitteln des BMZ (Zahlen jeweils in Millionen Euro; Stand Juli 2022).

Die bilaterale staatliche EZ mit Afghanistan ist seit dem 15. August 2021 ausgesetzt. Genannt werden daher nur solche laufenden Vorhaben in Afghanistan, die regierungsfern über multilaterale Institutionen bzw. über Nichtregierungsorganisationen umgesetzt werden. Nicht aufgeführt werden deutsche zivilgesellschaftliche Organisationen, Stiftungen und kirchlichen Träger.

Bezeichnung EZ-Maßnahme	Durchführungsorganisation	Auftragswert (in Mio. Euro)
<b>Afghanistan</b>		
Ernährungssicherheit für Frauen und Kinder	Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW)	20,00
Stärkung lokaler Resilienz für nachhaltigen Frieden	KfW	12,00
Nachhaltige Wirtschaftsentwicklung und Beschäftigungsförderung	Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH	16,80
Wiederherstellung von Waldlandschaften in Afghanistan	GIZ	10,50
Programm zur Verbesserung des Energiesektors	GIZ	12,50
Stärkung des Wassersektors	GIZ	21,39
Förderung der Beruflichen Bildung	GIZ	27,95
Förderung der Grund- und Sekundarbildung	GIZ	15,00
<b>Bangladesch</b>		
Soziale Sicherung für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Textil- und Ledersektor	GIZ	7,00
Verbessertes Sanitär- und Abfallmanagement für Rohingya -Camps und Gastgemeinden in Bangladesch	KfW	19,00
Hochschulbildung und Führungskräfteentwicklung für nachhaltige Textilien	GIZ	3,00
Förderung strukturbildender Maßnahmen für Rohingyas und der umliegenden Gemeinden	KfW	7,00
Nachhaltigkeit in der Textil- und Lederindustrie	GIZ	15,50
Förderung des Managements der Sundarbans-Mangrovenwälder in Bangladesch	GIZ	4,00
Klimaresiliente und inklusive Stadtentwicklung	GIZ	5,00
Finanzierung von umwelt- und sicherheitsrelevanten Anpassungs-Investitionen im Textilsektor Bangladeschs - Begleitmaßnahme	KfW	1,30

Klimaangepasstes Trinkwasserressourcenmanagement Dhaka	KfW	90,00
Erneuerbare Energien Programm IDCOL Zuschusskomponente	KfW	8,50
Erneuerbare Energien Programm IDCOL Zinssubvention	KfW	8,00
Finanzierung von umwelt- und sicherheitsrelevanten Anpassungs-Investitionen im Textilsektor	KfW	2,70
Unterstützung bei der Umsetzung der nationalen Anpassungspläne und der nationalen Klimaschutzbeiträge	GIZ	3,00
Anpassung an den Klimawandel in der nationalen und lokalen Entwicklungsplanung, Phase II	GIZ	4,00
Energieeffizienz und Integration von Erneuerbaren Energien ins Netz	GIZ	3,00
Justiz- und Gefängnisreform zur Förderung der politischen Menschenrechte und Korruptionsbekämpfung	GIZ	4,26
Geoinformationen für die Stadtplanung und Anpassung an den Klimawandel	Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe (BGR)	5,00
Energieeffizienz in der netzgebundenen Stromversorgung (Begleitmaßnahme)	KfW	2,00
Programm Klimaangepasste Stadtentwicklung	KfW	26,00
Energieeffizienz in der netzgebundenen Stromversorgung	KfW	27,50
<b>Indien</b>		
Wassersicherheit und Klimaanpassung im ländlichen Indien	GIZ	5,00
Klimakredit Kerala Begleitmaßnahme	KfW	2,00
COVID-19-Krisenreaktionsprogramm Soziale Sicherung	KfW	8,50
Klimakredit Kerala	KfW	5,60
One Health und Agrarökologie	GIZ	4,50
Stärkung der Resilienz vulnerabler Bevölkerungsgruppen im ländlichen Raum	GIZ	3,00
Programm Nachhaltige Stadtentwicklung – Smart Cities II	GIZ	11,60
Nachhaltiges Management von Forstökosystemleistungen	GIZ	5,85
Agrarökologie und Klimaresilienz in Andhra Pradesh - Begleitmaßnahme	KfW	1,00
Agrarökologie und Klimaresilienz in Andhra Pradesh	KfW	6,90
Klimaresilienter Wiederaufbau nach Flutkatastrophe in Kerala II	KfW	6,28
InsuResilience: Innovative Klimarisikoversicherungen im ländlichen Indien	GIZ	3,00
Deutsch-Indisches Programm zu Universal Health Coverage	GIZ	10,75
Sanierung des Flusses Ganges II	GIZ	3,50

Deutsch-Indisches Programm Berufliche Bildung	GIZ	5,10
Klimaresilienter Wiederaufbau nach Flutkatastrophe in Kerala - Begleitmaßnahme	KfW	3,00
Deutsch-Indische Partnerschaft für Grüne Urbane Mobilität - Begleitmaßnahme	KfW	3,00
Klimaresilienter Wiederaufbau nach Flutkatastrophe in Kerala	KfW	7,10
Klimaanpassung und -finanzierung	GIZ	5,00
Nachhaltige industrielle Produktion II	GIZ	5,00
Nachhaltige städtische Infrastrukturentwicklung	KfW	4,00
Klimafreundliche Urbane Mobilität I - Begleitmaßnahme	KfW	4,00
Klimafreundliche urbane Mobilität IV	KfW	31,50
Umweltrelevante städtische Infrastrukturentwicklung Madhya Pradesh - Begleitmaßnahme Phase II	KfW	2,00
Umweltrelevante städtische Infrastrukturentwicklung Odisha II	KfW	2,00
Klimafreundliche Urbane Mobilität II	KfW	2,00
Klimafreundliche urbane Mobilität III	KfW	15,39
Umweltrelevante städtische Infrastrukturentwicklung Odisha II	KfW	6,00
Deutsch-Indische Solarpartnerschaft II	KfW	12,70
Forst- und Biodiversitätsmanagement im Himalaya	KfW	6,50
Förderung solarer Wasserpumpen	GIZ	5,50
Förderung von Unternehmerinnen und Unternehmensgründung von Frauen	GIZ	5,90
Erhalt Biodiversität - Minderung von Mensch-Wildtier-Konflikten	GIZ	5,50
Klimaanpassung im Himalaya – Begleitmaßnahme	KfW	2,70
Umweltgerechte Stadtentwicklung im Gangesgebiet - Begleitmaßnahme	KfW	1,50
Klimafreundliche urbane Mobilität II	KfW	15,00
Klimaanpassung im Himalaya - Zuschusskomponente	KfW	2,00
Klimaanpassung im Himalaya - ZV	KfW	10,02
Umweltgerechte Stadtentwicklung im Gangesgebiet	KfW	14,00
Förderung der nachhaltigen Stadtentwicklung - Integrierte nachhaltige Stadtverkehrssysteme für Smart Cities	GIZ	10,50
Nachhaltige städtische Infrastrukturentwicklung	KfW	13,30
Umweltrelevante städtische Infrastrukturentwicklung Madhya Pradesh - Begleitmaßnahme	KfW	0,50
Klimafreundliche urbane Mobilität	KfW	21,00
Umweltrelevante städtische Infrastrukturentwicklung Madhya Pradesh	KfW	8,00

Treuhandbeteiligung Aavishkaar Social Entrepreneurship Fonds	KfW	15,00
<b>Nepal</b>		
Nachhaltige Wirtschaftsentwicklung im ländlichen und semiurbanen Raum - KKMU-Finanzierung Phase III	KfW	1,50
Nachhaltige Wirtschaftsentwicklung im ländlichen und semiurbanen Raum - KKMU-Finanzierung Phase III	KfW	7,00
Verbesserung der Mutter-Kind-Versorgung im urbanen Bereich - Paropakar Geburts- und Frauenklinik Kathmandu Phase II	KfW	5,30
Beratung zu erneuerbaren Energien und Energieeffizienz in Nepal	GIZ	5,80
Stärkung der dezentralen Regierungsstrukturen II (CDSG II)	GIZ	2,65
Unterstützung der Gesundheitssektorstrategie in Nepal	GIZ	7,55
Verbesserung der Mutter-Kind-Versorgung im urbanen Bereich - Paropakar Geburts- und Frauenklinik Kathmandu - Begleitmaßnahme	KfW	1,00
Nachhaltige Wirtschaftsentwicklung im ländlichen und semi-urbanen Raum – KKMU-Finanzierung, Phase II – Begleitmaßnahme	KfW	1,00
Förderung von Solarenergie im ländlichen und semi-urbanen Raum	KfW	9,00
Verbesserung der Mutter-Kind-Versorgung im urbanen Bereich - Paropakar Geburts- und Frauenklinik Kathmandu	KfW	7,30
Nachhaltige Wirtschaftsentwicklung im ländlichen und semi-urbanen Raum – KKMU-Finanzierung, Phase II	KfW	6,00
Wirtschaftsentwicklung auf Gemeinde- und Provinzebene in Nepal (LPED)	GIZ	10,20
Stärkung der dezentralen Regierungsstrukturen	GIZ	4,60
Verbesserung der Mutter-Kind-Versorgung in entlegenen Regionen	KfW	10,00
Unterstützung des Nationalen Sektorprogramms Gesundheit III	KfW	10,00
<b>Pakistan</b>		
Lokale Regierungsführung und Bürgerbeteiligung	GIZ	10,00
Frauenbeschäftigung im privaten Gesundheitssektor	KfW	12,00
Billion Tree Aufforstungsprogramm	KfW	13,50
Stärkung der Resilienz gegenüber Naturkatastrophen	BGR	2,50
Verbesserung der Arbeits-, Sozial- und Umweltstandards in der Textilindustrie	GIZ	12,25
Unterstützung bei sozialer Sicherung, einschließlich Absicherung im Krankheitsfall	GIZ	7,00
Programm zur Förderung guter Regierungsführung	KfW	11,50

Entwicklung von Wasserkraft und erneuerbaren Energien II	KfW	12,50
Begleitmaßnahme Regionaler Infrastrukturfonds Khyber Pakhtunkhwa	KfW	5,50
Zugang zu Finanzdienstleistungen	KfW	15,00
Stärkung der Resilienz der Provinz Khyber Pakhtunkhwa	BGR	1,34
Unterstützung des Berufsbildungssektors	GIZ	19,50
Fata-Entwicklungsprogramm	GIZ	14,50
Existenzförderung und Förderung von kleinen kommunalen Infrastrukturmaßnahmen - Zuschusskomponente	KfW	10,00
Begleitmaßnahme Wasserkraftwerk Harpo in Gilgit-Baltistan	KfW	1,50
Gesundheitsfinanzierung (Vouchersystem) II	KfW	12,00
Entwicklung von Wasserkraft und erneuerbaren Energien in der North Western Frontier Province	KfW	11,00
<b>Sri Lanka</b>		
Fertigstellung Geburtskrankenhaus Galle	KfW	13,00
Geburtsklinik Galle Begleitmaßnahme	KfW	2,10
Berufliche Bildung in Sri Lanka	GIZ	7,12
KMU-Sektorentwicklung (Exit-Phase)	GIZ	6,20
Unterstützung Nationalpark- und Randzonenmanagement Wilpattu	GIZ	6,00

*Vorabfassung - wird durch die lektorierte Version ersetzt.*